

und Deutschlands. Bei den chinesisch-deutschen Gesprächen ging es u.a. um die Rolle des vereinten Deutschlands. Aus chinesischer Sicht erwartet man eine "größere Rolle des vereinten Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft". Minister Kinkel seinerseits bestärkte die deutsche Ein-China-Haltung und deutete an, daß China in Zukunft eine wesentliche Rolle in der Welt und in den Vereinten Nationen spielen dürfte. (XNA, 24. und 27.9.92) -ma-

*(8)

Keine Nuklearproliferation

Während der 36.regulären Sitzung der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien im September d.J. verkündete Chinas Minister für Atomindustrie, Jiang Xinxiong, daß "China sich nicht an der Verbreitung von Atomwaffen beteiligen wird". China werde, wie auch in der Vergangenheit, bei seinen nuklearen Exporten am Prinzip festhalten, daß "der Importeur den ausschließlichen Gebrauch für friedliche Zwecke garantiert" und daß die Nuklearmaterialien "nicht ohne die Zustimmung Chinas an eine dritte Partei weitergeleitet werden". Auch hinsichtlich eigener chinesischer Einfuhren von Nuklearmaterialien gehe es ausschließlich um "friedliche Zwecke". Der Minister forderte "einige Länder" auf, "die internationale Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Nuklearenergie nicht zu beeinträchtigen und die legitimen Rechte aller Länder, der Entwicklungsländer insbesondere, zur Nutzung nuklearer Energie für friedliche Zwecke nicht zu gefährden". Nuklearenergie sei die "beste alternative Quelle mit Blick auf den Umweltschutz und die wirtschaftliche Effizienz". (XNA, 23.9.92) -ma-

*(9)

Menschenrechte

Im Rahmen der 3. Sitzung des Vorbereitungs Komitees für die Internationale Menschenrechtskonferenz 1993 hat die chinesische Delegation "verschiedene Maßnahmen hinsichtlich internationaler Menschenrechtsaktivitäten vorgeschlagen". Diese Vorschläge zielen im wesentlichen darauf ab, zu verhindern, daß "die Menschenrechte als Instrumente politischen Drucks benutzt wer-

den". Solche Rechte dürften nicht im westlichen Sinne verabsolutiert werden, sondern "die besonderen geschichtlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, religiösen und kulturellen Realitäten der verschiedenen Regionen und Staaten müssen in Betracht gezogen werden, während zugleich die Bedeutung der weltweiten Beachtung und Förderung der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten anerkannt wird". Kein Land sollte "seine Vorstellung von Menschenrechten diktiert". Mit diesen Vorstellungen von "weichen" Menschenrechten steht China nicht alleine da. Vielmehr befindet es sich im Hauptstrom einer Gegenkonzeption zu westlichen Vorstellungen, die sich während der letzten internationalen Konferenzen verschiedener Drittweltorganisationen immer deutlicher herausgebildet hat. Dies gilt insbesondere für die jüngste Gipfelkonferenz der Blockfreienbewegung in Jakarta, an der China als Beobachter teilgenommen hat.

Ein zweiter Aspekt - neben der "Relativierung" der individuellen Menschenrechte -, in dem China mit den meisten Ländern der Dritten Welt übereinstimmt, ist die Forderung nach "gleicher Bedeutung und Unteilbarkeit der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte". Eine Überbetonung der bürgerlichen Menschenrechte oder eine Verabsolutierung dieser Rechte müßte zwangsläufig "die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer, die von Hunger, Krankheit, Armut, Arbeitslosigkeit und Analphabetentum geplagt sind, bedrohen". Wörtlich hieß es: "Die Versplitterung des Menschenrechtskonzepts mit unangebrachter Betonung der bürgerlichen und politischen Rechte sowie der Vernachlässigung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Rechte ist ein Hindernis, die Menschenrechte zu genießen." Es kann davon ausgegangen werden, daß die westlichen Staaten während der Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien einer ziemlich geschlossenen Phalanx der Entwicklungsländer gegenüberstehen werden, die die westliche Menschenrechtskonzeption nicht akzeptiert. (XNA, 16.9.92) -ma-

*(10)

Nordostasiatische Kooperation

Die Nordostasiatische Konferenz zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die offiziell im Dezember 1991 zur "Ent-

wicklung des Tumen-Flußdeltas" gegründet wurde, hielt im September und Anfang Oktober 1992 weitere Konferenzen in Shenyang und Seoul ab. Die Konferenz setzt sich aus Mitgliedern Chinas, Rußlands, Japans, der Mongolei, Nordkoreas und Südkoreas zusammen. Sie gilt als eines der Instrumente, in dessen Rahmen eine weitere Entspannung zwischen den beiden Teilen Koreas erleichtert wird. Dies gilt um so mehr, als seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Südkorea und China Nordkorea der einzige Akteur in Nordostasien ist, der dem allgemeinen Trend zur hohen Gewichtung wirtschaftlicher Entwicklung argumente bisher nicht oder nur zögerlich gefolgt ist. (XNA, 9.9.92) -ma-

Innenpolitik

*(11)

XIV. KPCh-Parteitag für Mitte Oktober einberufen

Das Politbüro der XIII. ZK der KPCh kam am 17. September 1992 zu einer Sitzung zusammen und beschloß, den XIV. Nationalen Parteitag am 12. Oktober einzuberufen. Außerdem verabschiedeten die Politbüro-Mitglieder den Entwurf des Rechenschaftsberichts des ZK, der auf dem Parteitag vorgetragen werden soll. In einem entsprechenden Bericht der Nachrichtagentur Xinhua, der erst fünf bzw. sechs Tage nach der Politbüro-Sitzung veröffentlicht wurde, hieß es, der Parteitag werde sich von der "Theorie des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung" leiten lassen, die praktischen Erfahrungen der 14jährigen Reformperiode zusammenfassen und einen strategischen Plan für die kommende Periode festlegen. Darüber hinaus werde der Parteitag neue nationale Führungsorgane der KPCh wählen, darunter ein neues Zentralkomitee mit jungen und qualifizierten Kadern. (RMRB, 23.9.92)

Offenbar wurden auf der Sitzung des Politbüros (an der wahrscheinlich auch Parteiveteranen des informellen Führungskreises teilnahmen) nicht nur die programmatischen, sondern auch die personellen Entscheidungen des XIV. Parteitags endgültig ausgehandelt und festgelegt. Die gewöhnlich gut informierte Hongkonger Tageszeitung

South China Morning Post berichtete in ihrer Ausgabe am 25. September, daß sich die politische Führung auf folgende Zusammensetzung des künftigen Ständigen Ausschusses des Politbüros geeinigt habe: ZK-Generalsekretär Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng, Sicherheitschef Qiao Shi, Li Ruihuan (zuständig für Ideologie und Propaganda), General Liu Huaqing (zuständig für die Verbindung zum Militär), der frühere Shanghaier Bürgermeister Zhu Rongji (zuständig für Wirtschaftsreformen) und der bisherige Parteichef von Tibet Hu Jintao (künftig zuständig für Organisation und Personal). (SCMP, 25.9.92)

Bei dem vom Politbüro abgeseigneten Rechenschaftsbericht soll es sich um die fünfte Version handeln: Der Bericht hatte mehrfach abgeändert werden müssen, da er nach dem Willen Deng Xiaopings und der konservativen Reformer inhaltlich übereinstimmen sollte mit den Äußerungen Dengs auf dessen Südchina-Reise zu Beginn dieses Jahres. Die vom Politbüro gebilligte Fassung soll den Parteitag und die neue Parteiführung auf die "Theorie des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung" ein schwören und die Etablierung einer "sozialistischen Marktwirtschaft" zum Ziel der Parteiarbeit erklären. (SCMP, 11.9.92 u.a.)

An dem XIV. Parteitag werden 1991 Delegierte teilnehmen, darunter etwa 40 speziell geladene Parteiveteranen von großem Einfluß (*Wen Hui Bao*, Hongkong, 23.9.92, in SWB, 25.9.92). Die Parteitagsdelegierten wurden von 34 Wahleinheiten bestimmt: von KPCh-Delegiertenversammlungen der 31 Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte (einschließlich Taiwan) der zentralen Parteiorgane, der zentralen Staatsorgane und der Volksbefreiungsarmee. 78% der Parteitagsdelegierten sind Führungskader. (Xinhua, chin., 9.9.92, in SWB, 11.9.92) -sch-

*(12)

Finanzminister Wang Bingqian zurückgetreten

Nach 12 Jahren im Amt trat Finanzminister Wang Bingqian im Alter von 67 Jahren Anfang September 1992 von seinem Posten zurück. Eine offizielle Begründung für den Rücktritt wurde nicht gegeben. Amtsmüdigkeit und

sein relativ hohes Alter könnten durchaus Gründe für das Ausscheiden sein. Wang galt aber auch als Kritiker einer zu schnellen, überstürzten Wirtschaftsentwicklung: Häufig warnte er in der Vergangenheit vor einer Überhitzung der Wirtschaft, ökonomischen Ungleichgewichten und Inflationserscheinungen. In einem nach seinem Rücktritt veröffentlichten Artikel in der *Volkszeitung* lobte Wang ausdrücklich die ausgeglichene Finanzpolitik seiner finanzpolitischen Vorbilder Li Xiannian und Chen Yun (RMRB, 13.9.92).

Zum neuen Finanzminister ernannte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses auf seiner 27. Sitzung den bisherigen stellvertretenden Generalsekretär des Staatsrats, Liu Zhongli. Der 58jährige Liu war von 1986 bis 1990 fast vier Jahre lang stellvertretender Finanzminister gewesen. (RMRB, 5.9.92) -sch-

*(13)

Neuer Eisenbahnminister

Auf der 27. Sitzung des VII. NVK Anfang September 1992 trat der bisherige Eisenbahnminister Li Senmao (63) angeblich aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück. Zu seinem Nachfolger wurde der stellvertretende Parteisekretär und Direktor der politischen Abteilung des Eisenbahnministeriums, Han Zhubin, bestimmt. (RMRB, 5.9.92; AWSJ, 7.9.92) -sch-

*(14)

Hu Qiaomu verstorben

Hu Qiaomu, einer der bedeutendsten Ideologen der KPCh, verstarb am 28. September 1992 im Alter von 81 Jahren in Beijing (RMRB, 29.9.92). Bereits in den 30er Jahren war Hu im Propagandaapparat der KPCh aktiv. In den 40er Jahren war er zeitweilig Mao Zedongs politischer Sekretär. Von 1950 bis zu seinem Sturz im August 1966 war Hu Qiaomu stellvertretender Propagandachef der KPCh. Nach dem Ende der Kulturrevolution wurde Hu wieder im Bereich Ideologie/Propaganda der KPCh aktiv. An der ideologischen Begründung für die Abkehr vom radikalen maoistischen Entwicklungskonzept gegen Ende der 70er Jahre hatte der eher orthodox marxistisch-leninistisch eingestellte Hu gro-

ßen Anteil. Er wurde dafür mit der Mitgliedschaft im Zentralkomitee belohnt. Auf dem XII. Parteitag im Oktober 1982 stieg Hu sogar ins Politbüro auf. Auf dem XIII. Parteitag im November 1987 schied er sowohl aus dem Politbüro als auch aus dem ZK aus, wurde dafür aber zum Mitglied des Ständigen Ausschusses der mächtigen Zentralen Beraterkommission gewählt. Dem marktorientierten Reformkonzept von Deng Xiaoping stand Hu Qiaomu in den letzten Jahren zunehmend ablehnend gegenüber. Zusammen mit anderen orthodoxen Parteiveteranen war Hu ein entschiedener Befürworter eines unerbittlichen Kampfes gegen "geistige Verschmutzung" durch bürgerlich-liberales Gedankengut, gegen "bürgerliche Liberalisierung" und gegen "friedliche Evolution". -sch-

*(15)

Weißbuch über Tibet veröffentlicht

Das Presseamt des Staatsrats der Volksrepublik China veröffentlichte am 21. September 1992 ein umfangreiches Weißbuch mit dem Titel "Souveränitätszugehörigkeit Tibets und seine Menschenrechtssituation". Das rund 37.000 Schriftzeichen umfassende Dokument wurde am 23. und 24. September 1992 vom ZK-Organ *Volkszeitung* vollständig abgedruckt. Eine vollständige deutsche Übersetzung findet sich in der Zeitschrift *Beijing Rundschau* vom 29.9.1992 (Nr.39/92, S. 5-45).

Bei dem Tibet-Weißbuch handelt es sich um das dritte Weißbuch, das das Presseamt des Staatsrats im Verlauf des vergangenen Jahres veröffentlicht hat. Am 1. November 1991 war ein Weißbuch über "Die Situation der Menschenrechte in China" veröffentlicht worden, dem am 10. August 1992 das Weißbuch zum Thema "Die Situation der Umformung von Straftätern in China" folgte. Alle drei Weißbücher richten sich an das westliche Ausland, wo die Menschenrechtssituation in China und die Tibet-Frage von interessierten Kreisen kritisiert bzw. problematisiert wird.

Das sehr umfangreiche Tibet-Weißbuch umfaßt zwölf Kapitel. Im Vorwort erklärt das Presseamt des Staatsrats, daß "die Öffentlichkeit immer noch wenig über die tatsächlichen Um-

stände dort weiß". Und weiter: "In Ländern, die früher Aggressionen gegen Tibet verübt oder dies mindestens versucht haben, finden sich heute Leute, die laut über Aggressionen gegen Tibet klagen. Es gibt sogar einige, die früher den Tibetern das Recht auf persönliche Freiheit vorenthalten haben und heute über Menschenrechtsverletzungen in Tibet reden. Ein Gespinnst von Lügen, Entstellungen, Spekulationen und Mißverständnissen zieht wie ein dunkler Rauchvorhang über Tibet. Um Klarheit über diese Dinge zu schaffen, muß man sehen, wie die Dinge dort liegen."

In Kapitel I ("Die Souveränitätszugehörigkeit Tibets") wird dargelegt, daß Tibet bereits seit rund 700 Jahren zum chinesischen Territorium zählt. "Schon vor Christus" soll es "Kontakte" zwischen Tibetern und Han-Chinesen gegeben haben, und bereits "in der Tang-Dynastie (618 - 907) stellten das tibetische und das chinesische Herrscherhaus durch Eheschließung und Bündnisverträge politische und verwandtschaftliche Beziehungen der Einheit und Freundschaft her". Mit der "Unterwerfung Tibets" unter das Mongolen-Reich wurde Tibet Mitte des 13. Jahrhunderts "offiziell ins Territorium der chinesischen Yuan-Dynastie eingegliedert. Seitdem steht Tibet trotz des häufigen Wechsels von Dynastien und Zentralregierungen stets unter der Jurisdiktion der chinesischen Zentralregierung."

In Kapitel II ("Wer will ein 'unabhängiges Tibet'?") wird behauptet, daß die Forderungen nach der Unabhängigkeit Tibets nicht genuin tibetisch seien, sondern von interessierten ausländischen Kreisen erhoben würden. Wörtlich heißt es: "Seit mehr als 700 Jahren übt die chinesische Zentralregierung die Souveränität über Tibet aus. Tibet ist nie ein souveräner Staat gewesen... In der Welt gab es niemals irgendeine Regierung, die Tibet als einen unabhängigen Staat anerkannt hätte." Auch zwischen 1911 und 1949 sei Tibet kein souveräner Staat gewesen, denn "allein die Bestätigung der Wahl des 14. Dalai-Lama durch die Nationalregierung zeigte, daß Tibet damals überhaupt keine souveränen Rechte besaß". Fazit: "Die von der Dalai-Clique und den chinafeindlichen Kräften der Welt geforderte 'Unabhängigkeit Tibets' ist nichts anderes als ein Produkt der imperialistischen Aggressionen gegen China in der Geschichte der Neuzeit."

Um diese Darlegung zu stützen, folgen weitere Behauptungen ähnlichen Inhalts:

- "Anfang des 20. Jahrhunderts gab es im tibetischen Wortschatz noch kein Wort für 'Unabhängigkeit'."
- "1913 hetzte die britische Regierung die tibetischen Behörden zu einer Unabhängigkeitserklärung auf... Aufgehetzt von den Briten, stellten die tibetischen Vertreter zum ersten Mal die Forderung nach einer 'Unabhängigkeit Tibets' auf..."
- "Die historischen Tatsachen in den letzten hundert Jahren zeigen, daß die Forderung nach 'Unabhängigkeit Tibets' von den neuen und alten Imperialisten mit ihren Ambitionen, Tibet zu annektieren, angestiftet wurde."

Da nach Darstellung des Weißbuchs die Forderung nach einer Unabhängigkeit Tibets gar nicht vom tibetischen Volk ausgeht, ist es nur logisch, daß die Autoren des Weißbuchs weiter behaupten, daß die chinesische Volksbefreiungsarmee bei der Niederschlagung des Tibet-Aufstands im Jahre 1959 "von patriotischen Mönchen und Einwohnern unterstützt" wurde: "Bei der Niederwerfung des Aufruhrs hielt die Volksbefreiungsarmee strikt Disziplin und wurde von den Gläubigen und Nichtgläubigen herzlich unterstützt. Sie arbeiteten aus eigener Initiative mit der Volksbefreiungsarmee zusammen, um den Aufstand niederzuwerfen."

In Kapitel III beschäftigt sich das Weißbuch mit den "Spalteraktivitäten der Dalai-Clique" und legt die diesbezügliche "Politik der Zentralregierung" dar: "Nachdem der Dalai-Lama ins Ausland geflohen war, übte die Zentralregierung ihm gegenüber weiter geduldige Nachsicht..." Doch: "Unter dem Einfluß von ausländischen antichinesischen Kräften und tibetischen Separatisten wandte sich der Dalai-Lama völlig von seiner früheren ausdrücklich patriotischen Einstellung ab und strebte intensiv nach der Spaltung des Vaterlandes." U.a. wird dem Dalai-Lama vorgeworfen, daß er mit Gerüchten und Verleumdungen Unruhen angestachelt habe: "Mehrere Unruhen in Lhasa zwischen September 1987 und März 1989 ereigneten sich als Folge der Anstiftung der Dalai-Clique und unter der Leitung von nach Tibet ge-

sandten Rebellen. Diese Unruhen brachten der tibetischen Bevölkerung schwere Verluste an Menschenleben [sic!] und Eigentum." Fazit: "Die Worte und Taten des Dalai-Lama beweisen, daß er nicht, wie er von sich selbst behauptet, nur ein Religionsführer ist, sondern ein politischer Rädelsführer, der sich im Ausland langfristig mit der Spaltung des Vaterlandes beschäftigt."

Kritisiert wird in diesem Zusammenhang auch die Nobelpreis-Kommission: "1989 verlieh die Nobelpreis-Kommission in Norwegen in einer neuen internationalen antichinesischen Welle mit offensichtlicher politischer Absicht dem Dalai-Lama den Friedensnobelpreis, was den Dalai-Lama und die tibetischen Separatisten sehr ermutigte. Anschließend gab sich der Dalai-Lama auf eine Reise um die Welt und machte überall große Reklame für die Spaltung... Die Versuche, gestützt auf ausländische Kräfte die 'Unabhängigkeit Tibets' zustande zu bringen und das Vaterland zu spalten, sind ein schändlicher Verrat am Vaterland und an der gesamten chinesischen Nation einschließlich der tibetischen Nationalität... Nur wenn der Dalai-Lama seinen spalterischen Standpunkt aufgibt und Tibet als einen unabtrennbaren Bestandteil Chinas akzeptiert, ist die Zentralregierung bereit, in Verhandlungen mit ihm zu treten, und würde es aufrichtig begrüßen, wenn er baldmöglichst ins Vaterland zurückkehrte, um zum Schutz der Einheit des Vaterlandes und der nationalen Geschlossenheit, zum Wohl und Glück der tibetischen Bevölkerung Nützlichem beizutragen."

In Kapitel IV beschäftigt sich das Weißbuch mit der feudalen Leibeigenschaft im alten Tibet, "die noch finsterner und grausamer als die im europäischen Mittelalter war". In den folgenden Kapiteln V-XII werden dagegen die chinesischen Leistungen für Tibet und seine Bevölkerung seit der sog. "friedlichen Befreiung Tibets" im Jahre 1951 beschrieben. Dazu im folgenden einige Auszüge:

"Nach der Niederschlagung des Aufruhrs vom Jahre 1959 leitete die Zentrale Volksregierung entsprechend dem Wunsch der einheimischen Bevölkerung eine demokratische Reform in Tibet ein und schaffte die äußerst dekadente und finstere Leibeigenschaft ab. Eine Million Leibeigene und Sklaven wurden befreit."

...

"Unter dem politischen System der Theokratie der feudalen Lehnsherren im alten Tibet war der Dalai-Lama ... der Chef der tibetischen Lokalregierung. Er vereinigte höchste politische und religiöse Macht... In der demokratischen Reform im Jahre 1959 wurde das theokratische System beseitigt und durch ein neues politisches System der Demokratie des Volkes ersetzt. Mit der Verfassung des Neuen China ist die tibetische Bevölkerung wie die Volksmassen aller anderen Nationalitäten des ganzen Landes zu Herren des Staates geworden und genießt alle im Gesetz verankerten politischen Rechte." ...

"Die feudale Leibeigenschaft im alten Tibet behinderte ernsthaft die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und hielt die Wirtschaft in Tibet ziemlich lange auf einem äußerst rückständigen Niveau... Die demokratische Reform hat die Initiative der tibetischen Bauern und Viehzüchter für die Produktion in hohem Maße ermuntert... Anfänger einer modernen Industrie entstanden erst nach der demokratischen Reform... Durch die 40jährigen Bemühungen hat sich der Lebensstandard der tibetischen Bevölkerung im allgemeinen beträchtlich erhöht." ...

"Das Bildungswesen im alten Tibet war sehr rückständig... In den vergangenen 40 Jahren wurde in Tibet bereits die Grundlage für ein vollständiges Bildungssystem gelegt, das die Vorschulerziehung, Grund-, Mittel-, Fach-, technische und Hochschulbildung sowie Erwachsenenbildung und Fernschulkurse umfaßt und den regionalen und nationalen Besonderheiten Tibets Rechnung trägt." ...

"Die Zentralregierung gewährte Tibet in den letzten 40 Jahren finanzielle Hilfen in Höhe von 15,7 Mrd. Yuan und investierte 4,27 Mrd. Yuan in den Bau der dortigen Schwerpunktprojekte. Zusammen sind das beinahe 20 Mrd. Yuan (rd. 5,5 Mrd. DM), wofür die Zentralregierung vom tibetischen Finanzamt keinen Yuan verlangte. Abgesehen davon gewähren die Ministerien und Kommissionen des Staatsrats dem Autonomen Gebiet entsprechend den Bedürfnissen der verschiedenen Bereiche noch Sonderzuschüsse, die allein zwischen 1979 und 1986 5,9 Mrd. Yuan betrugen..."

In Kapitel VIII ("Glaubensfreiheit") wird speziell auf die Religionspolitik gegenüber Tibet eingegangen: "Nach der friedlichen Befreiung Tibets befolgten die Organe aller Ebenen in Tibet gewissenhaft die Politik der Glaubensfreiheit und fanden damit bei der geistlichen und weltlichen Bevölkerung Anerkennung. Unter dem Schutz der Verfassung und des Gesetzes genießt die tibetische Bevölkerung jetzt die volle Freiheit, ihre normalen religiösen Aktivitäten zu entfalten."

Auf die Kulturrevolution und die während dieser Zeit erfolgten "schweren Beschädigungen" wird in dem Weißbuch kurz eingegangen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die chinesische Zentralregierung über 240 Mio. Yuan für die Renovierung der zerstörten Klöster zur Verfügung gestellt habe und daß mittlerweile bereits über 1.400 religiöse Einrichtungen renoviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden seien.

Das Weißbuch stellt klar, daß es auch in Tibet verboten ist, die Religion für politische Zwecke - hier unausgesprochen: für die Unabhängigkeit Tibets - zu benutzen: "Es ist auch in der Verfassung verankert, daß niemand eine Religion für Aktivitäten mißbrauchen darf, die die öffentliche Ordnung gefährden, die körperliche Gesundheit von Bürgern schädigen, das staatliche Erziehungssystem beeinträchtigen oder die Tätigkeiten der Verwaltungs- und Justizorgane stören. Alle, die unter dem Deckmantel der Religion gesetzwidrige und kriminelle Akte begehen, werden nach dem Gesetz bestraft. In den vergangenen Jahren wurde in Tibet eine Anzahl von Mönchen und Nonnen gesetzlich bestraft, weil sie das Strafgesetz verletzten und sich in verbrecherische Tätigkeiten einließen wie die Beteiligung am Aufruhr, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Störung der öffentlichen Ordnung, Körperverletzung, Zerstörung, Raub, Brandstiftung und Mord. Niemand von ihnen wurde wegen seines Religionsbekenntnisses verhaftet und bestraft."

Nach Darstellung des Weißbuches zählte Tibet 1990 2,196 Millionen Einwohner, darunter 2,096 Millionen Tibeter, d.h. 95,5%. Die weiteren 2,49 Millionen Tibeter lebten 1990 in Gebieten in den Provinzen Sichuan, Qinghai, Gansu und Yunnan, also außerhalb des Autonomen Gebiets Ti-

bet. Das Weißbuch hierzu: "Diese Gebiete gehörten nach der Aufteilung der Verwaltungsregionen niemals zu Tibet und wurden niemals von der ehemaligen tibetischen Lokalregierung regiert. Seit Mitte des 13. Jahrhunderts übte die Zentralregierung der Yuan- und der Ming-Dynastie separat die Jurisdiktion für Tibet und andere von der tibetischen Nationalität bewohnte Gebiete aus."

Das Tibet-Weißbuch kommt am Schluß zu folgendem Fazit:

"Die Realität in Tibet belegt genügend, daß die tibetische Bevölkerung seit der Befreiung von der feudalen Leibeigenschaft weitgehende Menschenrechte genießt. Infolge der relativ rückständigen Wirtschaft und Kultur und harten geographischen Bedingungen Tibets läßt die Menschenrechtssituation aber noch zu wünschen übrig. Um die Menschenrechtssituation zu verbessern, sind stetige und harte Anstrengungen notwendig, die die chinesische Regierung und das chinesische Volk jetzt unternehmen. Aber zwischen der Menschenrechtssituation von heute und der unter der feudalen Leibeigenschaft im alten Tibet besteht in jeder Hinsicht ein Unterschied wie Tag und Nacht. Statt die Finsternis, Barbarei und Grausamkeit der feudalen Leibeigenschaft anzuprangern, unter der die tibetische Bevölkerung aller Menschenrechte beraubt war, verbreiten die Dalai-Clique und die internationalen antichinesischen Kräfte, die angeblichen Verfechter der Menschenrechte, trotz wiederholter Enthüllung ihrer Lügen, daß die tibetische Bevölkerung, die sich befreit hat und Herr in ihrem Land ist, keine Menschenrechte hätte. Ihr Ziel ist nichts anderes als die Menschen irrezuführen und Verwirrung zu schaffen. Auf diese Weise wollen sie ihren Traum und ihre Ambitionen verwirklichen, China zu spalten, Tibet an sich zu reißen, und das sozialistische China zu unterminieren. Darin liegt das Wesen des sogenannten Menschenrechtsproblems in Tibet.

Alle Versuche zur Spaltung Chinas werden mißlingen. Die tibetische Bevölkerung und alle anderen chinesischen Nationalitäten verbindet eine jahrtausendealte Geschichte. Seit der Vereinigung Tibets mit den anderen chinesischen Provinzen und Gebieten zu einem einheitlichen Staat sind sieben Jahrhunderte verstrichen. Es ist

kein Zufall, daß es in diesem langen Zeitraum niemals zu einer Spaltung gekommen ist, sondern ihre Beziehungen immer enger geworden sind. Die Hauptursache war, daß die Einheit Erfolg und Gedeihen bringt, Spaltung den Verfall und Mißerfolg für die Tibeter wie für die Han-Chinesen und alle anderen Nationalitäten Chinas. Der Zusammenschluß führt zur gemeinsamen Prosperität, die Spaltung zum beiderseitigen Niedergang. Daß Tibet mit anderen Teilen Chinas eins geworden ist und sich nicht von ihnen getrennt hat, ist das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung. Der Versuch, Tibet von China zu spalten, wird daher weder von den Han-Chinesen und anderen Nationalitäten noch von der tibetischen Bevölkerung geduldet werden."

(Zur chinesischen Tibet-Politik und einer kritischen Bewertung siehe u.a. Oskar Weggel, "China und Tibet: Wie Feuer und Holz", in: C.a., Dezember 1983, S. 744-760.) -sch-

Kultur

* (16) Vorschläge für weitere Reform des Wissenschaftssystems

Die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik und die Staatliche Kommission für die Reform des Wirtschaftssystems haben kürzlich "Vorschläge über die flexible Verteilung von Fachpersonal, die Angleichung der Strukturen und die weitere Vertiefung der Reform des Wissenschaftssystems" unterbreitet (s. RMRB, 7.9.92). In dem Dokument wird die Beibehaltung der Richtung "Der wirtschaftliche Aufbau muß sich auf Wissenschaft und Technik stützen, Wissenschaft und Technik müssen auf den wirtschaftlichen Aufbau gerichtet sein" als Leitgedanke bei der Reform gefordert. Um das strategische Ziel zu erreichen, die höchsten Gipfel in Wissenschaft und Technik zu erklimmen, so heißt es dort, soll die Reform beschleunigt werden, und zwar soll durch eine flexible Verteilung des Fachpersonals und eine Angleichung der Strukturen ein modernes Forschungs- und Entwicklungssystem aufgebaut

werden, das sich durch verbesserte Strukturen, vernünftige Standortverteilung, hohe Effizienz, Lebenskraft und Vitalität auszeichnet. Zugleich sollen das Gesamtniveau von Wissenschaft und Technik angehoben und die Funktion von Wissenschaft und Technik im Dienste des wirtschaftlichen Aufbaus und der gesellschaftlichen Entwicklung gestärkt werden.

Schwerpunkte für die flexible Personalverteilung und Strukturangleichung sollen alle selbständigen Forschungsinstitute oberhalb der Kreisebene sein, einschließlich der verschiedenen Forschungsorgane für Grundlagenforschung, Organe für technische Entwicklung und für wissenschaftlich-technische Dienstleistungen. Hochschulen und teilweise auch Betriebe sind ebenfalls betroffen. Durch die Verbesserung der Organisationsstruktur sollen die wissenschaftlich-technischen Organe und die Hochschulen dazu gebracht werden, wissenschaftlich-technische Unternehmen zu gründen sowie den High-Tech-Sektor und den mit wissenschaftlich-technischem Fortschritt zusammenhängenden tertiären Sektor zu entwickeln. (Auf diese Weise wollen sich die Institute selbst finanzieren.) Die beiden Kommissionen wollen sich bemühen, die organisatorische Angleichung des Wissenschafts- und Techniksystems im wesentlichen innerhalb von drei bis fünf Jahren abgeschlossen zu haben.

Als wichtige Aufgaben, die der Staat weiterhin unterstützt, wurden folgende Bereiche genannt: Grundlagenforschung, High-Tech-Forschung und wissenschaftlich-technische Arbeit in bezug auf große Bauvorhaben und Großprojekte. Um jedoch das traditionelle Planungssystem zu reformieren, sollen Wettbewerb, Überwindung von Abteilungs-, Provinz-, Institutions- und Fachgrenzen sowie wissenschaftliche Kooperation gefördert werden.

Forschungsorgane für technische Entwicklung sollen sich der Wirtschaft zuwenden, Fachpersonal flexibel einsetzen und wissenschaftlich-technische Unternehmen und Unternehmenszusammenschlüsse gründen und den High-Tech-Sektor entwickeln. Auf diese Weise sollen wissenschaftlich-technische Errungenschaften in noch größerem Maße zu einer wirklichen Produktivkraft zum Nutzen der Wirtschaft und Institutionen für technische Ent-

wicklung zu Unternehmen und Wachstumspunkten des High-Tech-Sektors werden.

Institutionen, an denen die Gesellschaft Interesse hat, und Institutionen für wissenschaftlich-technische Dienstleistungen sollen schrittweise ein Netz bilden und sich dem neu entstehenden tertiären Sektor zuordnen. Die Mehrzahl dieser Institute muß sich in Wirtschaftsunternehmen mit betrieblichem Management verwandeln.

Die in dem Dokument der beiden Kommissionen vorgeschlagenen Reformen sind nicht neu; sie sind Teil der in der ersten Hälfte der achtziger Jahre eingeleiteten Reform des Wissenschaftsbetriebes. Hauptanliegen war die Entlastung des Staatshaushalts, d.h. Wissenschaft und Technik sollten sich weitgehend selbst finanzieren. Ausgenommen waren lediglich die Grundlagenforschung und der überwiegende Teil der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Ein weiteres Anliegen der Reform war die schnellere Umsetzung von Forschungsergebnissen in die wirtschaftliche Praxis. Zu diesem Zwecke sollten die entsprechenden Institute Unternehmen gründen oder eng mit der Wirtschaft kooperieren und sich ihre Forschung von der Wirtschaft finanzieren lassen. Offensichtlich tun sich die Forschungsinstitute schwer, wie Wirtschaftsunternehmen zu arbeiten oder solche zu gründen. Auch der Personalfluß scheint nicht zu funktionieren, so daß die Institute nach wie vor personell überbesetzt sind und mehr den Charakter von Behörden haben. Deshalb werden die Reformpläne immer wieder vorgebracht und präzisiert. In diesem Sinne ist auch der neuerliche Vorstoß zu verstehen. -st-

* (17) Hochschulunternehmungen in High-Tech-Zonen

Entsprechend den staatlichen Reformvorgaben weiten immer mehr Universitäten und Hochschulen ihr Tätigkeitsfeld auf die Entwicklung des High-Tech-Sektors aus. Sie gehen vor allem in die neuen High-Tech-Zonen, wo sie High-Tech-Unternehmen gründen. Wie es heißt, würden auf diese Weise nicht nur die Umsetzung von Forschungsergebnissen im High-Tech-Bereich in die Praxis, sondern auch das Wachstum des High-Tech-Sektors gefördert (RMRB, 6.9.92).